



**Geschäftsführung
Ausschuss für die Gleichstellung von
Frauen und Männern**

Herr Neweling

Telefon: (0221) 26348

Fax: (0221) 26462

E-Mail: frank.neweling@stadt-koeln.de

Datum: 04.07.2022

Niederschrift

über die **10. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 13.06.2022, 17:05 Uhr bis 18:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Derya Karadag	GRÜNE
Mario Michalak	GRÜNE
Floris Rudolph	GRÜNE
Werner Marx	CDU
Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag von CDU
Lukas Lorenz	SPD
Monika Möller	SPD
Christina Dumstorff	Auf Vorschlag von FDP
Susanne Groß	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Dr. Marita Alami	Auf Vorschlag von GRÜNE
Julie Cazier	Auf Vorschlag von GRÜNE
Willi Harz	Auf Vorschlag von GRÜNE
Esther Kings	GRÜNE
Dr. Thomas Günther	Auf Vorschlag von CDU
Prof. Dr. Anja Karlshaus	Auf Vorschlag von CDU
Angelika Maria Christ	Auf Vorschlag von SPD
Dr. Helen Eckmiller	Auf Vorschlag von SPD
Alexandra Herzog	Auf Vorschlag von FDP
Katja Krämer	Auf Vorschlag von Volt

Philipp Busch	AfD, vertritt Matthias Büschges
Silvia Marchais-Raytchevska	Auf Vorschlag von GUT Köln
Maria Kunz	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Petra Maria Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Ulrich Höddinghaus	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, vertritt Dr. Klara Groß-Elixmann

GPR

Janine Pollex

Presse

Zuschauer

Florentine Kienzle
Hildegard Kienzle
Robert Wande

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Matthias Büschges	AfD, wird vertreten von Philipp Busch
Lisa Mandelartz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Auf Vorschlag von CDU
Silvia Thelen	Auf Vorschlag von SPD
Funda Rosenland	Auf Vorschlag von Die Linke
Dorsa Billstein	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Dr. Klara Groß-Elixmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, wird vertreten von Ulrich Höddinghaus

Stellvertretende beratende Mitglieder

Inge Linne	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Seitens der Verwaltung waren anwesend:

Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern, **Petra Engels**, **Monika Koenen** und **Leila Anders**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern.

Dirk Schumacher, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktförderung

Agnes Wojtacki, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, Leiterin des Kompetenzzentrums Frau & Beruf Region Köln

Ausschussvorsitzende RM De Bellis-Olinger eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wahlperiode 2020/2025 um 17:05 Uhr.

Sie weist auf die aktuellen Hinweise zum Infektionsschutz Corona vom 27. Mai 2022 hin, nach denen das Tragen einer Maske grundsätzlich empfohlen wird, es in der Sitzung aber nicht mehr verpflichtend ist.

Die Anwesenheitsliste wird aus Hygienegründen von der Verwaltung geführt.

Teresa De Bellis-Olinger geht kurz auf die neue vom Gremiendienst veranlasste Tischordnung ein und kündigt das Fachgespräch ENDOMETRIOSE auf Einladung der Verwaltung am Montag, 17. Oktober 2022 an.

Sie bittet darum, unbedingt auf ein eingeschaltetes Mikrofon zu achten und inhaltliche Beiträge, mündliche Nachfragen etc. digital und schriftlich Frank Neweling zur Verfügung stellen.

Anschließend begrüßt sie die Gäste – darunter **Florentine Kienzle** (absolviert derzeit ein Berufsfelderkundungspraktikum beim Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern) –, die neuen sachkundigen Einwohnerinnen **Angelika Christ**, auf Vorschlag der SPD-Fraktion für Eva Pohl, und **Petra Maria Gehrken**, der Seniorenvertretung für Hedwig Krüger-Israel, die weiteren Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter*innen der Verwaltung sowie **Celina Neuß**, AWO Köln, die einen Vortrag über ihre Arbeit mit Gewaltausübenden hält, und die Gäste der heutigen Ausschuss-Sitzung.

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen

Die anwesenden sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen, die bisher noch nicht verpflichtet wurden, werden von der Vorsitzenden des Ausschusses gemäß § 58 GO NRW in Verbindung mit § 5 der Hauptsatzung verpflichtet, ihre Aufgabe als sachkundige Einwohner*innen und Bürger*innen nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Verpflichtet werden Angelika Christ und Petra-Maria Gehrken.

Hinweise auf Tischvorlagen und Zusetzungen

Aktuelle Tagesordnung (Tischvorlage)

C. Bettina Mötting berichtet über Neuigkeiten aus dem Gleichstellungsamt

zu TOP 1.5 – Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend "Gleichstellungsgrundsatz in Kölner Bädern" (Tischvorlage)

TOP 1.6 – Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnungslose Frauen – ein Problem ohne konkrete Zahlen"

zu TOP 2.1 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mixed-Kampagne“ zu den Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für Jungen im Bereich Sexualität, Konfliktverhalten, Grenzwahrnehmung“ (Tischvorlage)

TOP 3.1 – Beschlussvorlage Förderprogramm "Gleichstellung von Frauen und Männern"

TOP 3.2 – Beschlussvorlage Förderung des Gender-Mainstreaming Implementierungsprozesses (Tischvorlage)

TOP 4.3 – Mitteilung Istanbul-Konvention - Kampagne gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie gegen geschlechtsspezifische Gewalt

TOP 4.4 – Mitteilung „Sechstes Mentoring-Projekt der Stadt Köln für Frauen und Männer in Teilzeit“ (Tischvorlage)

Verabschiedung der TO

Vorschlag zu TO-Punkte 2.2 und 2.4 beide TOPs gemeinsam zu behandeln.

Der Ausschuss beschließt die geänderte TO einstimmig und es ergibt sich die nachfolgende TO.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen

B. Vortrag von Celina Neuß, Rechtspsychologin, AWO Kreisverband Köln e.V., Fachbereich für Gewaltprävention, über ihre Arbeit mit Gewaltausübenden

C. Bettina Mötting berichtet über Neuigkeiten aus dem Gleichstellungsamt

1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

1.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kinderfreizeitbonus"
AN/0510/2022

Antwort der Verwaltung
0768/2022

1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Situation 1. Frauenhaus"
AN/0512/2022

Antwort der Verwaltung
1305/2022

- 1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
"Prävention von sexualisierter Gewalt"
AN/0822/2022

- 1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ge-
flüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine"
AN/0874/2022

Antwort der Verwaltung
1345/2022

- 1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend "Gleich-
stellungsgrundsatz in Kölner Bädern"
AN/1006/2022

Antwort der Verwaltung
1907/2022

- 1.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnungslose Frauen – ein Problem
ohne konkrete Zahlen"
AN/1213/2022

2 Anträge

- 2.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
„Mixed-Kampagne“ zu den Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für
Jungen im Bereich Sexualität, Konfliktverhalten, Grenz Wahrnehmung“
AN/1109/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mixed-Kampagne“ zu den
Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für Jungen im Bereich Sexuali-
tät, Konfliktverhalten, Grenz Wahrnehmung“
AN/1241/2022

- 2.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP betreffend
"Pilotprojekt: Kostenlose Menstruationsprodukte"
AN/1149/2022

- 2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose Menstruationsartikel raus aus
den Schubladen – Tampons und Binden gehören auf die Toiletten wie Papier
und Seife"
AN/1164/2022

- 2.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Projekte zur Prävention von sexualisier-
ter Gewalt auf den Weg bringen"
AN/1161/2022

3 Allgemeine Vorlagen

- 3.1 Förderprogramm "Gleichstellung von Frauen und Männern"
1796/2022
- 3.2 Förderung des Gender-Mainstreaming Implementierungsprozesses
1789/2022

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt
1485/2022
- 4.2 Verlängerung des Förderzeitraumes für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln (Competentia NRW) bis zum 31.10.2022
1439/2022
- 4.3 Istanbul-Konvention - Kampagne gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie gegen geschlechtsspezifische Gewalt
1916/2022
- 4.4 VI. Mentoring-Projekt der Stadt Köln für Frauen und Männer in Teilzeit
1946/2022

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Beantwortungen zu mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen
- 6.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Christina Dumstorff am 14. März 2022 betreffend "Unterbringung und Angebote für geflüchtete Frauen"
1661/2022
- 6.2 Neue mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

B. Vortrag von Celina Neuß, Rechtspsychologin, AWO Kreisverband Köln e.V., Fachbereich für Gewaltprävention, über ihre Arbeit mit Gewaltausübenden

C. Bettina Mötting berichtet über Neuigkeiten aus dem Gleichstellungsamt

Bettina Mötting und **Petra Engel** berichten über jüngste Veranstaltungen des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern: Girls + Boys Day, 7. Cross-Mentoring über das Bündnis „Mit Frauen in Führung“, innerstädtisches Teilzeit-Mentoring, Netzwerktreffen für Frauen, Internationales Frauen Film Festival Dortmund | Köln, Else Falk-Preis, Filmvorführung „Die Unbeugsamen“, Veranstaltungen zum Internationalem Frauentag.

1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

**1.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kinderfreizeitbonus"
AN/0510/2022**

**Antwort der Verwaltung
0768/2022**

Der Ausschuss regt die Erweiterung der Beratungsfolge um den Jugendhilfeausschuss an und nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Situation 1. Frauenhaus"
AN/0512/2022**

**Antwort der Verwaltung
1305/2022**

Der Ausschuss regt die Erweiterung der Beratungsfolge um den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren an und nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Prävention von sexualisierter Gewalt"
AN/0822/2022**

Der Ausschuss stellt die Anfrage zurück.

**1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
"Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine"
AN/0874/2022**

**Antwort der Verwaltung
1345/2022**

Der Ausschuss regt die Erweiterung der Beratungsfolge um den Integrationsrat an und nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Volt betreffend
"Gleichstellungsgrundsatz in Kölner Bädern"
AN/1006/2022**

**Antwort der Verwaltung
1907/2022**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**1.6 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Wohnungslose Frauen – ein Problem ohne konkrete Zahlen"
AN/1213/2022**

Der Ausschuss stellt die Anfrage zurück.

2 Anträge

**2.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
„Mixed-Kampagne“ zu den Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für Jungen im Bereich Sexualität, Konfliktverhalten, Grenz-wahrnehmung“
AN/1109/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mixed-Kampagne“ zu den Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für Jungen im Bereich Sexualität, Konfliktverhalten, Grenz-wahrnehmung“
AN/1241/2022**

Friederike Steinmetz (Sachkundige Bürgerin) bedankt sich bei Frau Neuß u. a., weil sie in ihrem Vortrag darauf hinweist, dass Gewalt ein erlerntes Verhalten ist. Da wollen die Antragstellenden mit der Kampagne ansetzen, um dies in Zukunft zu verhindern.

Sie betont und freut sich, dass es im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern nun einen Antrag gibt, der Jungen und Männer betrifft. Bei dem Aspekt der häuslichen Gewalt geht diese nach der öffentlichen Wahrnehmung überwiegend von

Männern aus und richtete sich an Frauen. Es gibt auch Männer, die von Frauen ausgehende Gewalt, die nicht physisch, sondern auch psychisch sein kann, erfahren. Hinzu kommt, dass betroffene Männer sich oftmals nicht trauen, erlebte und von Frauen ausgeführte Gewalt zur Anzeige zu bringen.

Mit Blick auf die Präventions-Arbeit weist Friederike Steinmetz auch daraufhin, dass es wichtig ist, darüber zu informieren, um was es geht und wohin sich Betroffene wenden können. Jungen werden auch Opfer von Gewalttaten. Sie darin zu bestärken, früher „Nein“ zu sagen, und nicht „brav“ zu sein, ist auch ein Ziel dieser Kampagne.

RM Derya Karadag betont, dass Aufklärungsarbeit ein zentraler Punkt in der Präventionsarbeit von Gewalt und Konflikten ist. Deswegen wollen die Antragstellenden mehr Augenmerk auf die Ansprache von Männer und Jungen richten.

Der Änderungsantrag der SPD sieht u. a. das Streichen der externen Unternehmen und das Hinzufügen von Maßnahme von anerkannten Trägern vor. RM Derya Karadag bittet darum, dies abzulehnen, um dem zuständigen Amt diese Möglichkeiten nicht zu nehmen, und um Zustimmung für den Ursprungsantrag.

Bezüglich der Multiplikator*innen gehen die Antragstellenden davon aus, dass geschultes, fähiges Personal benannt und der Hinweis entbehrlich ist.

SB Susanne Groß teilt mit, dass die Fraktion Volt für diesen Antrag stimmt, da eine stärkere gesellschaftliche Wahrnehmung und ein höheres öffentliches Problembewusstsein für das Thema „Gewalt an Männern und Jungen“ erforderlich sind. Angebote im Kölner Stadtgebiet sind rar, obwohl die Zahl der Betroffenen steigt. Hier muss die Politik handeln und nachsteuern.

Gleichstellung ist keine Einbahnstraße; sie richtet sich an alle Mitglieder der Gesellschaft. So muss auch in den Blick genommen werden, dass Männer ebenfalls Stereotypen ausgesetzt sind, die es ihnen beispielsweise erschweren, Hilfsangebote wahrzunehmen. Angst und Scham sind einer der Hauptgründe, die Betroffene davon abhalten, Beratungsangebote aufzusuchen.

Diese Mixed-Kampagne soll darauf hinwirken, Beratungsangebote bekannter zu machen und mit Männern sowie Jungen präventiv zu arbeiten.

Die Fraktion Volt freut sich über eine breite Zustimmung zu diesem Antrag und lehnt den Änderungsantrag ab, da er keinen inhaltlichen Mehrwert zum Ursprungsantrag liefert.

Monika Möller (Sachkundige Bürgerin) erläutert, dass die SPD-Fraktion mit Änderungsantrag aufzeigen will, wie mit dem vorhandenen Budget über Multiplikator*innen weiterkommen kann. Unklar war für die SPD-Fraktion, wie die Zielgruppe formuliert ist. Dies wollte sie präzisieren. Aus Sicht der Jugendhilfe ist es notwendig, dass die nach SGB VIII anerkannte trägerfreie Jugendhilfe eingebunden wird.

Sinnvoll ist aus Sicht der SPD-Fraktion, nach einem solchen Projekt eine Evaluation durchführen.

Die SPD-Fraktion kann dem Ursprungsantrag nicht zustimmen.

RM Teresa De Bellis-Olinger fasst die Positionen zusammen und stellt die Anträge zur Abstimmung.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt und geändert.

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie wird damit beauftragt, im Jahr 2022 in Kooperation mit dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern eine „Mixed-Kampagne“ zu den Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für Jungen im Bereich Sexualität, Konfliktverhalten, Grenzwahrnehmung“ zu organisieren. ~~Die Durchführung kann ggf. ein externes Unternehmen oder Freie Träger übernehmen.~~ **Die Durchführung soll ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe übernehmen.**

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, sicherzustellen, dass die Kampagne eine niedrigschwellige und sozialräumliche Beratungs- und Angebotsstruktur schafft **und Multiplikator*innen schult.**

Außerdem ist sicherzustellen, dass die in der Kampagnen geschulten Multiplikator*innen auf heranwachsende junge Männer aus verschiedenen Umfeldern zugehen und zur Sensibilisierung der Themen „Sexualität“, „Grenzwahrnehmung und –beachtung“ (sowohl eigener als auch denen anderer Menschen) und „Umgang mit Konflikten“ an Schulen im gesamten Stadtgebiet beitragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und Die Linke abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag

Beschluss

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie wird damit beauftragt, im Jahr 2022 in Kooperation mit dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern eine „Mixed-Kampagne“ zu den Themen „Gewalt an Männern“ und „Aufklärung für Jungen im Bereich Sexualität, Konfliktverhalten, Grenzwahrnehmung“ zu organisieren. Die Durchführung kann ggf. ein externes Unternehmen oder Freie Träger übernehmen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, sicherzustellen, dass die Kampagne eine niedrigschwellige und sozialräumliche Beratungs- und Angebotsstruktur schafft oder Orte aufsucht, wo sich die Zielgruppe vermutlich aufhält.

Außerdem ist sicherzustellen, dass die Projektverantwortlichen auf heranwachsende junge Männer aus verschiedenen Umfeldern zugehen und zur Sensibilisierung der Themen „Sexualität“, „Grenzwahrnehmung und –beachtung“ (sowohl eigener als auch denen anderer Menschen) und „Umgang mit Konflikten“ an Schulen im gesamten Stadtgebiet beitragen.

Der Gleichstellungsausschuss stellt für dieses Projekt ein Budget von 30.000 € zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Teilplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity; Teilplanzeile 16.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Die Grünen/Bündnis 90, CDU, Volt, FDP und Die Linke **beschlossen**.

2.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP betreffend "Pilotprojekt: Kostenlose Menstruationsprodukte" AN/1149/2022

2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose Menstruationsartikel raus aus den Schubladen – Tampons und Binden gehören auf die Toiletten wie Papier und Seife" AN/1164/2022

zu 2.4

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Schulträgerschaft dafür zu sorgen, dass an allen weiterführenden Schulen Tampons und Binden in hygienischen Spenderboxen auf den Schultoiletten vorrätig gehalten werden. Entsprechende Hygieneentsorgungsbehälter sind vorzusehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf den Toiletten aller städtischen Gebäude und Einrichtungen – z. B. Rathäuser, Jugendeinrichtungen und Museen – Tampons und Binden in hygienischen Spenderboxen vorrätig zu halten. Entsprechende Hygieneentsorgungsbehälter sind vorzusehen.
3. Die Kosten sind in der Mitteilung 3520/2021 kalkuliert worden und können z. B. aus „0106 – Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)“ gedeckt werden.

Susanne Groß (Sachkundige Einwohnerin) begründete den Antrag.

Laut einer Umfrage der Kinderrechtsorganisation Plan International hat altersübergreifend jede vierte Menstruierende nicht genügend finanzielle Mittel, um sich ausreichend mit Hygieneprodukten für ihre Periode auszustatten. Periodenarmut gibt es auch in Deutschland. Wir sind noch weit davon entfernt, ein vorurteilsfreies, aufgeklärtes, periodenfreundliches Land zu sein.

Darüber sind wir uns in diesem Ausschuss einig und haben im letzten Jahr parteiübergreifend einen Prüfantrag zur Umsetzung und zu den Kosten der gesamtstädtischen Bereitstellung von Menstruationsartikeln beschlossen.

Die Prüfung ergab: Wir wissen zu wenig über den Verbrauch und damit die langfristigen Kosten dieses Projektes.

Daher stellt das Bündnis gemeinsam mit der FDP-Fraktion nun diesen Antrag zur Implementierung eines einjährigen Pilotprojekts. Kölner*innen können im nächsten Jahr geschlechtsunabhängig in den städtischen Bürgerhäusern kostenfrei Menstruationsartikel auf den Toiletten nutzen. Die Bürgerhäuser erscheinen für die Antragstellenden hierbei der ideale Standort für eine Pilotphase, da sich dort diverse Personengruppen für längere Zeiträume aufhalten, um beispielsweise an Seminaren teilzunehmen.

Der Antrag beinhaltet zwei Ziele: Erstens den Verbrauch der Produkte sowie den Verschleiß der Automaten über ein Jahr zu evaluieren und zweitens die Meinung der Nutzer*innen einzuholen.

Die gewonnenen Daten werden genutzt, um langfristig Köln flächendeckend städtische Gebäude mit Menstruationsartikeln auszustatten.

Damit gehen wir nicht nur die Periodenarmut in Köln langfristig evidenz-basiert an, sondern wir enttabuisieren die Periode und integrieren sie in den öffentlichen Alltag aller Bürger*innen. Das ist uns wichtig, denn die eben-genannte Studie ergab auch, dass über ein Drittel der Menstruierenden sich nicht mehr für ihre Periode schämen möchten.

RM Derya Karadag stellt fest, dass sich der Ausschuss über das „Ob“ einig ist. Nun geht es mit diesem Antrag um das „Wie“. Und hierbei will die Politik die Stadt mitzunehmen und niemanden überfordern. Deswegen wurde dieses Pilotprojekt initiiert. Hierbei geht es um die Idee, die Bürger*innenhäuser zu befähigen durch eine Phase des Ausprobierens und einer anschließenden Evaluation zu befähigen, den kostenlosen Zugang zu Menstruationsartikeln anzubieten und zu ermöglichen. Damit einher geht ein Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit, um mehr Bewusstsein zu schaffen. 50 Prozent menstruierende Menschen sind davon betroffen; dieses Thema zu enttabuisieren und zu normalisieren ist ein Kernanliegen. Dieses Pilotprojekt ist auch eine gute Möglichkeit für die Verwaltung, die ersten Schritte dahin zu gehen.

Zu dem SPD-Antrag unter TOP 2.4 äußert sie, dass mehr und größer immer geht. Allerdings will sie sich dem Anliegen des Antrages nicht grundsätzlich verschließen. Derya Karadag befürchtet jedoch, dass „Kostenlose Menstruationsartikel wie Seife und Papier auf allen Toiletten“ zu weitgehend ist. Auch nimmt sie an, es wahrscheinlich dafür keine Deckung gibt. Sie spricht sich für den mit der Verwaltung abgestimmten Ursprungs-Antrag aus, um Schritte zu machen, die nachhaltiger implementiert werden können und damit vielleicht in zehn Jahren nicht mehr darüber gesprochen werden muss, weil es Normalität geworden ist.

Friederike Steinmetz (Sachkundigen Bürgerin) ergänzt, dass das Ziel darin besteht, nach dem Pilotprojekt die Erfahrungen auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten. Die Kosten zu dem Antrag der SPD unter 2.4 sind erstmal nicht zu überschauen.

Christina Dumstorff (Sachkundige Bürgerin) erläutert, dass der vorliegende Antrag der wichtige nächste Schritt ist, damit alle Kölner*innen Zugang zu kostenfreien Hygieneartikeln haben. Extrem wichtig ist der FDP-Fraktion der Aspekt der Enttabuisierung. Zusätzlich haben bei der Evaluation die Entsorgungsmöglichkeiten aufgenommen, da die Hygieneprodukte einen erheblichen Müll hinterlassen, der umwelt-schonend entsorgt werden sollte.

Monika Möller (Sachkundige Bürgerin) teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag begrüßt und ihm gern zustimmt. Mit Blick auf die Diskussion und die Unzufriedenheit in der vergangenen Sitzung bzgl. der Position der Verwaltung erinnert sie daran, die Schulen mit in den Blick zu nehmen – auch bei den Haushaltsberatungen. In den Schulen ist das Problem am sichtbarsten.

Teresa De Bellis-Olinger stimmt Monika Möller im Grunde zu und kann sich eine Ausweitung nach Abschluss der Pilotphase durchaus vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke **abgelehnt**.

zu 2.2

Beschluss:

1. Die Stadt Köln startet ein einjähriges Pilotprojekt für kostenlose Menstruationsprodukte in den städtischen Bürgerhäusern Chorweiler, Deutz, Kalk und Stollwerck.
2. Die Menstruationsprodukte werden geschlechtsidentitätsunabhängig zugänglich gemacht, d.h. alle Toilettenanlagen der städtischen Bürgerhäuser werden mit Spenderboxen für Binden und Tampons ausgestattet. Bei ausreichend großen vorgelagerten Fluren sollen die Spenderboxen dort angebracht werden (vorausgesetzt dass sie keine Fluchtwege beeinträchtigen).
3. Evaluation - Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungswerte über den Verbrauch der Menstruationsprodukte in städtischen Gebäuden gewonnen werden, die aktuell noch fehlen (siehe Mitteilung 3520/2021). Auf Grundlage der Erfahrungswerte soll ein Konzept erarbeitet werden, wie das Pilotprojekt künftig auf alle städtischen Toilettenanlagen ausgeweitet werden kann. Teil dieser Evaluation soll auch die Frage der umweltfreundlichen Entsorgung der Menstruationsprodukte sein.
4. Qualitatives Feedback - Neben den quantifizierbaren Daten zu Verbrauch und Kosten soll auch das Feedback der Personen aufgenommen werden, die von der Vergabe der Produkte betroffen sind. Die Ausgestaltung der Evaluation ist der Verwaltung überlassen.

Finanzierung:

Die Erstbeschaffung und Montage einschließlich Erstausrüstung der Spenderautomaten für Menstruationsartikel erfolgt – vergleichbar mit der Ersteinrichtung für Handtuchspender – nach Vorgabe der Nutzer*innen durch die Gebäudewirtschaft. Die Verrechnung erfolgt über den jeweiligen Flächenverrechnungspreis.

Für den Zeitraum des Pilotprojektes begrenzt, erfolgt die Finanzierung der Befüllung der Automaten in Höhe von ca. 8.000 € aus dem Teilplan 0106 – Zentrale Dienstleistungen, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Kosten des einjährigen Pilotprojekts belaufen sich gemäß der Berechnungen der Verwaltung in Mitteilung 3520/2021 und der Anzahl der öffentlichen Toiletten in den genannten Bürgerhäusern damit auf ca. 25.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Projekte zur Prävention von sexualisierter Gewalt auf den Weg bringen" AN/1161/2022

Monika Möller (SB) begründet den Antrag der SPD-Fraktion. Sie bezieht sich auf die unter TOP 2.2 beschlossene Mixed-Kampagne „Prävention gegen sexualisierte Gewalt“. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es gewünscht, wenn dauerhaft eine Kultur erreicht wird, in der Gewalt und Belästigungen nicht tolerabel sind. Veränderungen können nur erreicht werden, wenn Taten wie sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen ins Zentrum gerückt und in den Blick genommen werden. Da sexualisierte Gewalt vorrangig von jungen und erwachsenen Männern gegenüber Mädchen und Frauen ausgeht, profitieren von Präventionsmaßnahmen beide Seiten. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Interventionen hinter frauenfeindlicher Gewalt sich durchaus an dem Katalog der Ziele und Projekte aus dem LSBTIQ-Aktionsplan orientieren könnten. Dieser Aktionsplan könnte durchaus eine Vorlage sein für ein Konzept, wie es sich die SPD-Fraktion vorstellt. Deswegen bittet die SPD-Fraktion um Zustimmung zu dem Antrag.

RM Floris Rudolph freut sich über den Bezug auf den LSBTIQ-Aktionsplan als Vorbild. Er teilt die Ansicht, dass sowohl Oper und Betroffene von Gewalt Unterstützung und Hilfe benötigen, wir Strukturen anpassen müssen und Gewaltprävention in der ganzen Gesellschaft, in der ganzen Stadt voranbringen müssen.

Die Antragsbegründung der SPD-Fraktion bezieht sich auch auf EDELGARD. Hierzu merkt Floris Rudolph an, dass EDELGARD sich zielgerichtet an bedrohte Frauen richtet, die von Gewalt betroffen sind, und Schutzräume bieten soll. Auf Grundlage dieser Mitteilung zu behaupten, dass keine Prävention stattfindet, findet er absurd, weil es den Blick verzerrt.

Heute gibt es eine Vorlage zur Kampagne gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zur Istanbul-Konvention, die auch mit Geldern hinterlegt ist. Es findet also genau das statt, von dem die SPD-Fraktion spricht, dass es nicht stattfindet.

Zum Verweis auf den LSBTIQ-Aktionsplan und das begleitende Förderprogramm mit einem Finanzvolumen von 80.000 Euro merkt RM Floris Rudolph an, dass er es schwierig findet, sich darauf zu beziehen.

2017 gab es den Kick-Off zum LSBTIQ-Aktionsplan. In einem langen und schwierigen Prozess haben Verwaltung und die Community den Aktionsplan erarbeitet und im Ergebnis über 120 Maßnahmen und Handlungsfelder herausgearbeitet, wie durch die Verwaltung und in der Stadtgesellschaft Menschen vor Diskriminierungen geschützt und LSBTIQ-Menschen unterstützt werden können.

Dieser Aktionsplan ist Grundlage für die von der SPD-Fraktion angesprochene Richtlinie. Die Forderung an die Verwaltung, aus dem luftleeren Raum eine Richtlinie zu entwickeln, hält Floris Rudolph für vereinfacht und verzerrt. Für den LSBTIQ-Aktionsplan wurde viel getan, was sich letztlich im Förderprogramm wiederfindet.

Er spricht sich dafür aus, dem Antrag nicht zuzustimmen, weil zum einen präventive Maßnahmen sehr wohl stattfinden und zweitens sich die Richtlinien zum LBTIQ-Förderprogramm nicht eins zu eins auf andere Gruppen übertragen lassen.

Maria Kunz (SE) bittet ausdrücklich den Ausschuss darum, den Antrag aus zweierlei Gründen zu unterstützen: Zum einen sind viele queere Menschen, zum Beispiel lesbische Frauen, von Mehrfachdiskriminierungen betroffen. Das Thema Intersektionalität würde sie sich im Gleichstellungsausschuss noch viel häufiger wünschen, denn es verbindet alle vulnerablen Gruppen. Oftmals sind die Grenzen fließend, ob Gewalt ausgeübt oder diskriminiert wird aufgrund nur eines Merkmals oder gleich mehrerer.

Zweitens findet sie es richtig und wichtig, dass sich der Fokus einer diskriminierenden und insbesondere frauenfeindlichen Kultur wie der unseren darauf richtet, die potentiellen Täter*innen anzusprechen. In diesem Zusammenhang weist sie auf eine Kampagne der Polizei in Schottland hin: „Don't be that guy“ („Sei nicht dieser Typ“). Dort sagt die Polizei nicht den Frauen, wie sie Gewalt vorbeugen können, sondern die Kampagne richtet sich explizit an das Verhalten von Männern. Maria Kunz findet es wünschenswert, wenn dieser Denkansatz auch in Köln gefördert wird.

<https://www.derstandard.de/story/2000130513406/sei-nicht-dieser-typ-das-verhalten-von-maennern-im-fokus>)

Mit Bezug auf die „Augen auf-Kampagne“ weist sie dort auf Punkt 3.2.2 Catcalling hin. Damit wird Empowerment von Frauen und Mädchen gefördert. Dies begrüßt sie, meint aber auch, dass es das System nicht verändert.

Bettina Mötting ergänzt den Beitrag von Floris Rudolph und weist darauf hin, dass solche Kampagnen wie der LSBTIQ-Aktionsplan einen entsprechenden Vorlauf und intensive Prozesse benötigen. Allein 100 Menschen waren an dem fünfjährigen Prozess beteiligt, der von einem externen Unternehmen begleitet wurde und kostenintensiv war.

Das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern hätte gerne eine Monitoring-Stelle zur Istanbul-Konvention eingerichtet, um auch hier solche Dinge, wie die zuvor genannten, aufgreifen zu können. Dem ist aber nicht so, und weder personell noch finanziell – besonders in 2022 – wäre es leistbar, einen solchen Antrag umzusetzen, den sie grundsätzlich begrüßt..

RM Lukas Lorenz geht auf die Äußerungen ein und kann sich vorstellen, den Punkt „(...) letztes Quartal 2022“ zu streichen. Es geht um eine Förderrichtlinie und nicht um ein komplett aufgesetztes Konzept.

Das politische Ziel, auch Prävention vor sexualisierte Gewalt auf den Weg zu bringen und weiter voranzubringen und nicht nur an Frauen zu appellieren, sie mögen sich schützen, ist für die SPD-Fraktion richtig und die Fraktion will, dass sich Täter*innen ändern.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Prävention von sexualisierter Gewalt angelehnt an diejenige zur Bekämpfung von Queer-

feindlichkeit zu entwickeln und dem Ausschuss ~~im vierten Quartal 2022~~ zur Beschlusslage vorzulegen.

Mündlich geänderter Beschlusstext ohne „im vierten Quartal 2022“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke **abgelehnt**.

3 Allgemeine Vorlagen

3.1 Förderprogramm "Gleichstellung von Frauen und Männern" 1796/2022

Bettina Mötting erläutert die Beschlussvorlage:

45.000 Euro stehen bis zum Jahresende über den politischen Veränderungsnachweis für ein Förderprogramm zur Verfügung. Das Förderprogramm wurde vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern in Abstimmung mit dem Dezernat Finanzen und Recht, der Kämmerei und dem Amt für Recht, Vergabe und Versicherungen entworfen.

Antragsberechtigt sind Institutionen, Organisationen, Vereine, Projekte und Initiativen sowie Einzelpersonen. Das Förderprogramm bezieht sich auf vielfältige Handlungsfelder und breit gefasste Themen wie zum Beispiel traditionelle Rollenbilder, Bildung und Beruf, politische und gesellschaftliche Themen wie Gesundheit, Kultur, Sport, Stadtplanung, Wirtschaft, Migration, Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie gegen Jungen und Männer, Sicherheit im öffentlichen Raum. Auch kann es um die Themen Selbstbestimmung, benachteiligte Personengruppen wie zum Beispiel Senior*innen, Alleinerziehende, Sexarbeiter*innen, Menschen mit Behinderungen gehen.

Die zu fördernden Maßnahmen sind vielfältig; beispielhaft seien genannt: Kampagnen, Fachtagungen und -foren, Studien, konkrete Projekte, Initiierung von Selbsthilfegruppen.

Die Laufzeit beträgt wegen des Doppelhaushaltes maximal 24 Monate. Anträge sind drei Monate vor einer Ausschuss-Sitzung beim Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern einzureichen und der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern entscheidet über die Anträge.

RM Derya Karadag hält fest, dass es das erste Mal ist, dass eine solche Beschlussvorlage dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird. Inhaltlich entspricht das Förderprogramm dem, was die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will.

Friederike Steinmetz (SB) schließt sich dem an und begrüßt das Förderprogramm. Sie ist gespannt, welche Projekte dem Ausschuss vorgelegt werden.

Auch **Monika Möller** (SB) schließt sich dem Lob an. Sie erkundigt sich, ob das Förderprogramm mit allgemeinen Richtlinien zu städtischen Förderprogrammen überein-

stimmt. Insbesondere weil das vorliegende Förderprogramm keine Angaben zur Höhe eines Eigenmittel-Einsatzes enthält.

Monika Koenen, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, weist auf die zusammenfassende Erläuterung im Förderprogramm, Seite 4, drittletzter Abschnitt, hin: „Alle mit demwendungszweck zusammenhängende Einnahmen und die Eigenleistungen sind als Deckungsmittel für alle mit demwendungszweck zusammenhängende Ausgaben einzusetzen.“

Das heißt, dass Antragstellende mit der Antragstellung angeben müssen, welche Eigenmittel sie einsetzen wollen – zum Beispiel den Einsatz von Ehrenamtler*innen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2022 stehen im Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern insgesamt Fördergelder in Höhe von 200.000 Euro zur Verfügung.

Für Umsetzung des Förderprogramms „Gleichstellung von Frauen und Männern“ stehen Mittel in Höhe von 45.000 € zur Verfügung.

1. *Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 45.000 €.*
2. **Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt das Förderprogramm „Gleichstellung von Frauen und Männern“.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3.2 Förderung des Gender-Mainstreaming Implementierungsprozesses 1789/2022

Bettina Mötting greift die Nachfrage von **Monika Möller** (SB), wie es nach der Befristung weiter geht, auf und begrüßt es sehr, wenn die Maßnahme in 2023 weitergeführt werden kann.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2022 stehen im Teilergebnisplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, bei der Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen dem Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern insgesamt Mittel in Höhe von 200.000 € zur Verfügung. Für die konzeptionelle Umsetzung des Gender-Mainstreaming Implementierungsprozess aus dem Beschluss vom 31.01.2022 soll zunächst eine bis zum 31.12.2022 befristete Honorarstelle in Vollzeit (EG 13 TVöD NRW) im Gleichstellungsamt zugesetzt werden. Alternativ oder auch zusätzlich sollte eine externe Beauftragung an eine*n Dienstleister*in bzw. ein Unternehmen im Rahmen des Budgets möglich sein.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt die Einrichtung einer befristeten Honorarstelle, alternativ eine externe Beauftragung, zur Förderung und Implementierung des Gender-Mainstreaming-Prozesses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt 1485/2022

RM Mario Michalak freut sich sehr über die Mitteilung. An ihr zeigt sich, dass Köln zum Thema „Vielfalt“ schon sehr viel unternommen hat und im Vergleich zu anderen europäischen Städten die „Goldmedaille“ gewonnen hat. In Köln wird Vielfalt als Bereicherung empfunden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.2 Verlängerung des Förderzeitraumes für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln (Competentia NRW) bis zum 31.10.2022 1439/2022

RM Derya Karadag bedauert, dass auch hier die Förderung für eine bestehende Struktur, die gut läuft und Unternehmen hilft, ausläuft. Über einen längeren Zeitraum wurde für kleinere und mittlere Unternehmen aus der Region Köln-Leverkusen eine Beratungskompetenz zu den Themen „Frau und Beruf“, „Teilzeit“ etc. aufgebaut. Landesmittel laufen aus und auch die IHK hat ihre Förderung entzogen. Dies findet Derya Karadag sehr tragisch. Sie appelliert an alle Parteien und Mandatsträger*innen, an ihre Abgeordneten auf allen Ebenen herantreten, um sich für den Erhalt des Kompetenzzentrums einzusetzen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.3 Istanbul-Konvention - Kampagne gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie gegen geschlechtsspezifische Gewalt 1916/2022

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger lobt die schnelle Arbeit der Verwaltung, den Beschluss zur Istanbul-Konvention aus der letzten Sitzung so schnell umgesetzt zu haben.

Monika Koenen, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, erläutert das von ihr federführend erarbeitete Konzept.

Die Kampagne hat ihre Wurzeln in den Orange Days; sie dient dazu, auf das Thema „Gewalt“ nicht nur während der Dauer der Orange Days, sondern über das ganze Jahr aufmerksam zu machen.

Die Kampagne sieht verschiedene inhaltliche Schwerpunkte vor: u. a. ASS – Anonyme Spuren Sicherung, Catcalling, Fachvorträge, die Wissen vermitteln und vertiefen (zum Beispiel zur Arbeit mit Täter*innen), Genitalbeschneidung, Zwangsverheiratung, Digitale Gewalt, Femizide, Frauenhäuser.

RM Derya Karadag bedankt sich für die Erläuterung und ist ebenfalls begeistert von der raschen Umsetzung des Beschlusses und dem Erstellen der Vorlage. Sie freut sich über die Priorität des Anliegens in der Verwaltung und besonders im Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie äußert sich anerkennend über die deutliche Tiefe des Konzeptes und wünscht sich weitere Informationen zur Umsetzung der Kampagnen.

Alexandra Herzog (SE) hat einen redaktionellen Hinweis und bittet um Korrektur der Schreibweise von „INVIA Köln“ auf Seite 12 des Konzeptes.

Monika Koenen sichert zu, dass die Verwaltung die Korrektur möglichst schnell vornimmt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 VI. Mentoring-Projekt der Stadt Köln für Frauen und Männer in Teilzeit 1946/2022

RM Will Harz bittet um weitere Ausführungen zu einigen Aspekten:

Welche besonderen Erkenntnisse zum Thema „Teilzeit“ konnten gewonnen werden?

Gibt es Erkenntnisse zu dem Anspruch Frauen dahingehend zu fördern, dass sie Führungspositionen übernehmen?

Die Jahresberichte spiegeln wieder, dass 2019 15 Teilnehmer*innen und 2021 acht Teilnehmer*innen teilgenommen haben. Wie lässt sich der Rückgang erklären?

Bei einem anderen Mentoring-Programm „Frauen in Führung“ nahmen 2019 acht, 2020 zehn, jetzt zwei Teilnehmer*innen teil. Geht da noch mehr?

Bettina Mötting weist daraufhin, dass das Mentoring-Projekt auch an „Teilzeit-Männer“ gerichtet ist und durchaus mehr Platzzahlen zur Verfügung standen. Mehr Bewerbungen – auch von Männern – wären wünschenswert gewesen. Außerdem müssen Interessierte einen Auswahl-Prozess durchlaufen.

Unter den aktuell am Projekt Teilnehmenden gibt es keine Führungskräfte. Dies wäre aber theoretisch möglich gewesen. Der Aufstieg bzw. die Teilnahme am Verwaltungslehrgang II eröffnet jedoch ganz andere Perspektiven für die Frauen.

Zu „Führen in Teilzeit“ gibt es ein in Kooperation mit Professor Dr. Anja Karlshaus erarbeitetes Konzept, das auch hier im Ausschuss vorgestellt wurde. Zur Vorstellung des Konzeptes wurden Interessierte und Verwaltungsleitungen der Stadt Köln zu Workshops eingeladen. Das Konzept wird die Verwaltung weiterhin aktiv bewerben.

Die Plätze im externen Crossmentoring-Programm über das Bündnis „Mit Frauen in Führung“ sind kostenintensiv auf maximal zwei beschränkt.

Willi Harz bedankt sich für die Erläuterungen und freut sich über weitere Informationen zu dem Thema

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Mündliche Anfragen

6.1 Beantwortungen zu mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Christina Dumstorff am 14. März 2022 betreffend "Unterbringung und Angebote für geflüchtete Frauen"
1661/2022**

Der Ausschuss regt die Erweiterung der Beratungsfolge um den Integrationsrat und um den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren an und nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Neue mündliche Anfragen

Es liegen keine neuen mündlichen Anfragen vor.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger beendet um 18.58 Uhr die Sitzung.

Sie wünscht allen eine schöne Sommerpause und regt an, sich im Anschluss an der Sitzung am 5. September 2022 bei einem Getränk auszutauschen.

Teresa De Bellis-Olinger
Ausschussvorsitzende

Frank Neweling
Schriftführer